Südschleswigscher Wählerverband

Press release
Kiel, 31.01.2018

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

SSW fordert umgehende Gleichstellung der Grundschullehrkräfte

Zur heutigen Veröffentlichung der Bertelsmann-Studie „Lehrkräfte dringend gesucht – Bedarf und Angebote für die Primarstufe“ und zu den Forderungen der GEW für schleswig-holsteinische Grundschullehrkräfte erklärt die bildungspolitische Sprecherin des SSW im Landtag, Jette Waldinger-Thiering:

Auch die aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung macht unmissverständlich klar, dass vor allem unsere Grundschulen in naher Zukunft immer stärker unter Druck geraten werden. Zum einen wird die Zahl der Schülerinnen und Schüler auch in Schleswig-Holstein absehbar steigen - diese Einschätzung wird vom zuständigen Ministerium auch in der Antwort auf meine Kleine Anfrage (Drucksache 19/114) ausdrücklich geteilt. Zum anderen stellt nicht nur die wichtige Aufgabe der Inklusion, sondern vor allem auch eine zunehmend heterogene Schülerschaft unsere Grundschulen vor große Herausforderungen. Doch als wäre das nicht schon Aufgabe genug, können wir schon heute feststellen, dass Lehrkräfte für den Primarbereich fehlen. Um den bundesweiten Bedarf zu decken, müssten laut Bertelsmann-Stiftung bis 2025 knapp 105.000 Grundschullehrerinnen und -lehrer neu eingestellt werden. Eine enorme Zahl, die vor allem auch vermuten lässt, dass der Wettbewerb zwischen den Ländern noch stark zunehmen wird. Der SSW sieht sich deshalb klar in seiner Forderung bestätigt, die Arbeitsbedingungen gerade für Grundschullehrkräfte umgehend und deutlich zu verbessern. Und

hier ist auch die Bezahlung ein ganz wesentlicher Punkt. Deshalb muss die Landesregierung endlich für eine gerechte Entlohnung sorgen und A13 für alle Grundschullehrkräfte einführen. Das Geld dafür ist da - einzig der politische Wille fehlt in der Jamaika-Koalition.

Da die Landesregierung ihren Hausaufgaben erkennbar nicht nachkommt, werden wir ihr eben auf die Sprünge helfen. In unseren Haushaltsvorschlägen wird sich daher nicht nur die Forderung nach einer umgehenden Anhebung der Entlohnung auf A13 wiederfinden, sondern natürlich auch der passende Finanzierungsvorschlag dazu.